

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932

14.11.1932 (No. 267)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 955
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. Amend,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. Samstags 15 Reichspfennig. — Anzeigengebühr: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Kasierabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Weitreibung und Konfiskationsverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interzent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Der Preußenkonflikt vor dem Reichsrat

Die Finanzlage von Reich und Ländern

Über die am Samstag abgehaltenen Beratungen der Ausschüsse des Reichsrates ist folgende amtliche Verlautbarung ausgegeben worden:

In der Sitzung der Vereinigten Ausschüsse des Reichsrates wurde zunächst die Finanzlage von Reich, Ländern und Gemeinden besprochen. Der Reichsminister der Finanzen, Graf Schwerin-Krosigk, gab dazu einen Überblick über die Finanzlage im Reich. Danach rechnet er mit einem Ausfall von Steuer- und Zolleinnahmen in Höhe von etwa 700—800 Millionen RM, von denen etwa 400 Millionen auf das Reich, der Rest auf die Länder fallen. Außerdem legte der Minister den Schuldenstand des Reiches und die Verpflichtungen des Reiches aus Garantien usw. dar.

Die Länder machten ihre bekannten Forderungen geltend: Abschlagszahlung des Reiches an die Länder auf die Eisenbahnabfindung, Beteiligung der Länder an den Zuschlägen zur Einkommensteuer und schließlich gleichzeitiges Vorgehen des Reiches und der Länder bei der Ergreifung von Sparmaßnahmen.

Der Reichsfinanzminister sagte zu, diese Forderungen der Länder innerhalb der Reichsregierung zu besprechen.

In der Nachmittagsitzung gab der Reichsminister des Innern, v. Weizsäcker, einen Überblick über die Pläne der Regierung zur Reichsreform, wobei er betonte, daß diese Pläne in enger Fühlung mit den Ländern weiter bearbeitet werden sollen. Hieran schloß sich eine ausführliche Aussprache. Abschließend faßten die Vereinigten Ausschüsse folgende Entschlieung, die dem Reichsrat in seiner nächsten Plenarsitzung vorgelegt wird:

I. Die Maßnahmen des Reiches vom 29. und 30. Oktober 1932 gehen über die Maßnahmen, die auf Grund der Notverordnung vom 20. Juli 1932 getroffen wurden, weit hinaus. Ohne bei diesem Anlaß die Frage der Rechtsbeständigkeit dieser Anordnungen weiter zu berühren, stellt der Reichsrat fest, daß durch diese Maßnahmen eine grundlegende und tiefgreifende Veränderung im bisherigen verfassungsmäßigen Verhältnis zwischen dem Reich und den Ländern, zwischen dem Reich und den Ländern und zwischen den Ländern untereinander herbeigeführt worden ist. Die obersten Reichsorgane haben wiederholt die Zusage gegeben, daß an dem grundsätzlichen Verhältnis zwischen dem Reich und den Ländern nichts geändert werden soll. Der Reichsrat erwartet daher, daß die Reichsregierung im Hinblick auf diese Zusage so rasch wie möglich die zur Behebung der eingetretenen Gleichgewichtsveränderung erforderlichen Maßnahmen trifft.

II. Bei der großen Bedeutung einer Reichsreform für das Schicksal von Volk und Reich stellt der Reichsrat an die Reichsregierung das dringende Ersuchen, unter Vermeidung überflüssiger Maßnahmen und einer überreichten Behauptung die deutschen Länder bei der Gestaltung der Entwürfe noch vor ihrer Verabschiedung im Reichskabinett und vor einer öffentlichen Bekanntgabe maßgebend zu beteiligen.

Die Aussprache im Reichsrat

Über die Verhandlungen in den Reichsratsausschüssen wird noch im einzelnen berichtet, daß in der Verfassungsdebatte am Nachmittag Ministerpräsident Dr. Brauns als erster Vertreter der Länder das Wort nahm. Er führte einleitend aus, daß Vorgesprächen der Reichsregierung mit den größeren Ländern stattgefunden hätten, zu denen Preußen, und die übrigen kleineren Länder nicht zugezogen worden seien, so daß diese auf die Mitteilungen des Reichsinnenministers über die beabsichtigten Reformen angewiesen seien. Daraus ergebe sich aber, daß noch immer keine konkreten Entwürfe vorlägen. Zwecklos bestehe nach der Reichsverfassung ein ungewählter Dualismus Reich-Preußen. Artikel 48 sei kein geeigneter Weg, um die Mängel zu beseitigen. Nachdem der Staatsgerichtshof entschieden habe, sei es das einfachste Gebot der Loyalität, daß die preußischen Minister wieder in ihr Amt eingesetzt würden. Das müsse der erste Schritt sein; dann werde es auch möglich sein, sich über die Zusammenarbeit zu verständigen. Wie denke die Regierung denn ihre Reformen durchzuführen? Darüber etwas zu wissen, liege durchaus im Interesse der Länder und insbesondere im Interesse der Ruhe und Ordnung.

In der Aussprache wurde von den Mitgliedern der größeren Länder übereinstimmend die Notwendigkeit einer Vereinigung des konfliktierten Reich-Preußen im Sinne einer loyalen und großzügigen Durchführung der Entscheidung des Staatsgerichtshofs betont. Übereinstimmend wurde auch vor Verfassungsexperimenten und insbesondere vor einer nochmaligen Reichstagsauflösung gewarnt.

Das Ergebnis der Beratungen war die Annahme der oben mitgeteilten Entschlieung, die mit fast allen Stimmen, auch denen der preußischen Vertreter, erfolgte.

Der Standpunkt der süddeutschen Länder

Die „Bayerische Staatszeitung“ schreibt zu dem Entschlieungsentwurf, den die Ministerpräsidenten der süddeutschen Länder zu ihren Vorgesprächen mit den Reichsinstanten mitbrachten, das Dokument, dem sich auch andere, nicht an der Würzburger Konferenz beteiligte Länder angeschlossen hätten, behandle die grundsätzliche Stellungnahme der Länder zu der Reichsreform, ferner die Stellungnahme zu der geplanten Verfassungsreform, und zu den künftigen Möglichkeiten einer Reichsreform.

Die Entschlieung, die das Ergebnis der Würzburger Vorgesprächen darstelle, biete, wie das Blatt meint, an sich nichts Überraschendes, ebensowenig die Tatsache, daß die Teilnehmer

Letzte Nachrichten

Reichstag erst am 6. Dezember

Die amtliche Feststellung des Wahlergebnisses

WB. Berlin, 14. Nov. (Priv.-Tel.) Gegenüber Pressemitteilungen über eine Reichstagswahl vorläufig schon am kommenden Samstag, den 19. November, in Berlin zusammenzutreten. Bis zum 17. November 1932 sollen die Wahlkreise ihre endgültigen Schlussergebnisse nach Berlin melden. In unterrichteten Kreisen hört man, daß es nicht als ausgeschlossen gelten darf, daß eine weitere Verdrängung des Wahlergebnisses erfolgt. Es fehlten nämlich der Deutschen Zentrumspartei nur noch 898 Stimmen für einen weiteren Sitz auf der Reichsliste, und es sei durchaus möglich, daß dieser geringe Stimmenrest sich bei den sorgfältigen Schlussergebnissen herausstellen. In diesem Falle würde der neue Reichstag aus 584 Mitgliedern bestehen.

Der Reichskanzler in Dresden

Der sächsische Ministerpräsident zur Reichsreform

WB. Dresden, 14. Nov. (Tel.) Der Reichskanzler ist zu seinem angekündigten Staatsbesuch bei der sächsischen Regierung Montagmittag in Dresden eingetroffen. Er wurde am Bahnhof durch Ministerpräsident Schick empfangen.

Die sächsische Regierung begrüßte den in dem Besuch zum Ausdruck kommenden Wunsch einer verstärkten Fühlungnahme zwischen Reichsregierung und Ländern. Eine solche sei notwendig auch bei der Lösung des großen Problems der Reichsreform. Die sächsische Regierung sei bereit zur Mitarbeit auf der Grundlage, daß dem Reich das gegeben werde, was es zur Erhaltung und Festigung seiner Autorität außen und innen brauche, daß aber das Eigenleben der Länder unter genauer Abgrenzung der beiderseitigen Zuständigkeiten gewährleistet und den Ländern die Mitarbeit an der Gesetzgebung und Verwaltung im Reich ermöglicht werde.

Die Weltwirtschaftskonferenz

Simons Bemühungen

um möglichst frühzeitigen Beginn

WB. London, 14. Nov. (Tel.) „Daily Telegraph“ schreibt, Simon, der soeben nach Genf zurückgekehrt sei, werde sich in erster Linie bemühen, den Organisationsausschuß der Weltwirtschaftskonferenz, dessen Vorsitzender er sei, zu bewegen, für ein möglichst frühzeitiges Datum des Zusammentritts der Konferenz zu stimmen. Dies werde allerdings nicht leicht zu erreichen sein. Aber bei einigem guten Willen sollte es möglich sein, die Plenarkonferenz in der zweiten Hälfte des Januar zusammenzutreten zu lassen.

4 077 347 Rundfunkteilnehmer

Die Gesamtzahl der Rundfunkteilnehmer in Deutschland betrug am 1. Oktober d. J. 4 077 347 gegen 4 110 531 am 1. Juli; sie ist also im letzten Vierteljahr um 42 184 — rund 1 Proz. gesunken. — Unter den am 1. Oktober vorhandenen 4 077 347 Rundfunkteilnehmern befinden sich 481 627 — rund 12 Proz., denen die Rundfunkgebühren erlassen sind, gegen 412 177 am 1. Juli, also 69 450 mehr. — Gegen den 1. Oktober 1931 ist die Gesamtzahl der Rundfunkteilnehmer um 345 899 — rund 9,3 Proz., die Zahl der Rundfunkteilnehmer, denen die Rundfunkgebühren erlassen sind, um 263 436 — rund 20 v. H. gestiegen. — Nach der Einwohnerzahl von Ende 1931 (64 776 000) entfallen in Deutschland am 1. Oktober 1932 auf je 1000 Einwohner rund 63 Rundfunkteilnehmer.

Der Würzburger Konferenz eine geschlossene Meinungsfrente gebildet

Der Würzburger Konferenz eine geschlossene Meinungsfrente gebildet hätten. Drohten doch die Maßnahmen, die die Reichsregierung gegenüber Preußen getroffen haben, und die Tatsachen, die von der Reichsregierung in der preußischen Frage geschaffen worden seien, die Kräfteverhältnisse innerhalb Deutschlands so zugunsten Preußens zu verschieben, daß es eine Selbstverständlichkeit sei, wenn sich die anderen deutschen Länder dadurch getroffen fühlten und aus diesem Grunde veranlaßt wären, sich darüber zu unterhalten. Der Sinn dieser Würzburger Vorgespräche habe darin bestanden, die Reichsregierung darauf aufmerksam zu machen, daß das Reich nicht nur aus Preußen besteht, daß es noch ein anderes Deutschland gibt, und daß eine grundlegende Veränderung des Verhältnisses zwischen Preußen und dem Reich eine Frage ist, die alle Länder und alle Deutschen angeht.

* Reichsrat und Reichskabinett

Neue Ratsschlüsse

Die Samstagssitzung der vereinigten Ausschüsse des Reichsrates ist so verlaufen, wie man es allgemein erwartet hat. Nachdem am Vormittag die Finanzlage von Reich, Ländern und Gemeinden gründlich durchgesprochen worden war, beschäftigte sich der Reichsrat am Nachmittag auf der Grundlage eines Referats des Reichsinnenministers mit dem Problem der Reichsreform. Die Aussprache endete mit der so gut wie einstimmigen Annahme einer Resolution, die unter Vermeidung aller unnötigen Schärffheiten das in klarer Form zum Ausdruck bringt, was die Länder zu der ganzen Angelegenheit zu sagen haben.

Die Resolution muß genau gelesen werden. Denn jeder Satz ist wichtig, und jeder Satz enthält eine Kritik und Mahnung, gerichtet an die Adresse der Reichsregierung.

Zunächst wird in der Resolution festgestellt, daß die bekannten Maßnahmen vom 29. und 30. Oktober gegenüber Preußen über jene Maßnahmen, die auf Grund der Notverordnung vom 20. Juni d. J. getroffen wurden, weit hinausgehen. „Durch diese neuen Maßnahmen ist“, so lautet der zweite Satz, „eine grundlegende und tiefgreifende Veränderung im bisherigen Kräfteverhältnis zwischen dem Reich und Preußen und zwischen Reich und Ländern und zwischen den Ländern untereinander herbeigeführt worden.“ Es wird dann weiter daran erinnert, daß die obersten Reichsorgane wiederholt die Zusage gegeben haben, daß an dem grundsätzlichen Verhältnis zwischen dem Reich und den Ländern nichts geändert werden soll. Demgemäß erwartet der Reichsrat, daß „die Reichsregierung so rasch wie möglich die zur Behebung der eingetretenen Gleichgewichtsveränderung erforderlichen Maßnahmen trifft. Schließlich wird die Reichsregierung vom Reichsrat dringend ersucht, unter Vermeidung aller überflüssigen Maßnahmen, die deutschen Länder bei der Gestaltung der Entwürfe noch vor ihrer Verabschiedung im Reichskabinett und vor ihrer öffentlichen Bekanntgabe maßgebend zu beteiligen.“

Der Wortlaut der Resolution zeigt klar, daß der Reichsrat alles getan hat, um die Rechte der Länder zu wahren und die Autorität der Verfassung mit aller Entschiedenheit in den Vordergrund der Debatte zu rücken. Würde das Reichskabinett — woran wir allerdings nicht glauben wollen — versuchen, mit Artikel 48 der Reichsverfassung, ohne Anhörung von Reichsrat und Reichstag die Reichsreform durchzudrücken, so würde es von vornherein auf die entschiedene Gegnerschaft und den Protest des Reichsrates stoßen.

Was die praktische Erledigung der preußischen Frage betrifft, so wird sie erst dann möglich werden, wenn es dem preußischen Landtag gelingt, eine der Verfassung entsprechende Staatsregierung zu bilden. Inwieweit dann die Maßnahmen des Reichskommisars bestehen bleiben sollen oder nicht, darüber zu entscheiden wird Sache des preußischen Landtags und der preußischen Regierung sein. Jedenfalls kann nach dem Wortlaut der Verfassung die Reichsreform, soweit sie die Beseitigung des Dualismus von Reich und Preußen berührt, nur unter Zustimmung des preußischen Volkes und seines Parlaments verwirklicht werden. Im übrigen aber wird bei der ganzen Angelegenheit auch die Stimme des Reichstags gehört werden müssen.

Wie sich das Verhältnis zwischen dem Reichsparlament und dem Kabinett von Papen entwickeln wird, darüber gehen die Meinungen sehr auseinander. Die Nachricht, daß Herr von Papen beabsichtige, den Reichstag sofort wieder aufzulösen, ist offiziös dementiert worden.

Guten Aufschluß über die Stimmung in den dem Kabinett Papen nahestehenden Kreisen geben Blätter, wie z. B. die „Berliner Börsenzeitung“ (Nr. 530 vom 10. November). In einem Leitartikel wird hier ganz offen zugegeben, daß die gegenwärtige Reichsregierung nicht die geringste Aussicht habe, ihre Verfassungsreformpläne im Reichstage oder auch nur im Reichsrat durchzudrücken, da sie in beiden gesetzgebenden Körperschaften eine außerordentlich große Mehrheit gegen sich habe. Nach dem ganzen Tenor dieses Artikels besteht infolgedessen der ganz eindeutige Wunsch, den Reichstag überhaupt völlig aufzulösen. „Der Gedanke, den Reichstag ausführlich

mit einer Durcharbeitung der Reformprojekte zu befragen, würde, so heißt es wörtlich in der „Börzenzeitung“, für die Regierung eine doppelte Gefahr bedeuten: einmal die Gefahr, ja die Gewißheit einer vollkommenen Verwässerung bzw. Sabotage der Reform selbst und zum anderen die große Wahrscheinlichkeit, daß das Parlament, wenn man ihm überhaupt die Gelegenheit zu längerer Tagung gibt, höchst unermüdet zu Überraschungsschlägen gegen die Regierung schreiten und nicht etwa nur ein Mißtrauensvotum, sondern noch gefährlichere Dinge, wie etwa die Aufhebung des Artikels 48 in einem Moment beschließen könnte, der die Regierung nicht vorbereitet trifft und es ihr unmöglich machen könnte, mit dem Präventivmittel der Auflösungsorder rechtzeitig zur Stelle zu sein.“ Die Reichsregierung dürfe sich dieser Gefahr nicht aussetzen; sie dürfe infolgedessen eine sich über Monate hinausziehende Beratung der Verfassungsreform unter keinen Umständen zulassen.

Man ersieht aus diesen und anderen Artikeln nur zu deutlich, daß Katastrophopolitiker am Werk sind, die Reichsregierung in eine verfassungsrechtlich höchst bedenkliche Situation hineinzutreiben. Zu welchen Vorwürfen sich dabei diese Politiker versteigen, ergibt sich aus einem Artikel des Staatsrechtslehrers Walter Jellinek, der jetzt in der dem Kabinett nahestehenden Presse die Runde macht.

In diesem Artikel wird ernsthaft von der Möglichkeit gesprochen, der Reichspräsident könne auf Grund des Artikels 48 das Volkswahlgesetz dahin ergänzen, daß bei Verfassungsänderungen auf Volksbegehren Fernbleiben von der Abstimmung als Zustimmung zum Entwurf gilt. Auch sonst könne der Reichspräsident hinsichtlich des Reichswahlgesetzes alles anordnen, was den Grundsätzen der Verfassung nicht geradezu widerspreche. So z. B. ließe sich der Gedanke einer Mobilisierung der Nichtwähler dadurch verwirklichen, daß „der Reichsregierung anheimgegeben wird, im Einberufen mit gewissen Organisationen eine möglichst dem Parteigetriebe entrückte Liste von führenden Männern (etwa der Wissenschaft, der Kunst, des Beamtentums und der Wirtschaft) aufzustellen, auf die die Stimmen aller derer fallen, die von der Wahl fernbleiben“.

Aus solchen Veröffentlichungen, wie diesen, ersieht man am besten, zu welchen Unglaublichkeiten sich einzelne Berater des Reichskabinetts versteigen. Das scheint jetzt der neueste Trick zu sein, daß, indem man alle Grundbegriffe einer Wahl auf den Kopf stellt, diejenigen den Ausschlag geben sollen, die überhaupt gar nicht gewählt haben!

Die Lage in der Westschweiz

Ruhe in Genf

Nachdem es am Samstagabend in Genf mehrfach zu kleineren Zwischenfällen kam, ist der Rest der Nacht ruhig verlaufen. Die Gewerkschaften haben abends den Generalstreik für beendet erklärt. Im Laufe des Sonntags haben sich keine neuen Zwischenfälle ereignet. Das Truppenaufgebot, das am Samstag 4000 Mann betrug, wurde vermindert. Im Laufe des Nachmittags wurden bei Befamten Genfer Kommunisten Hausdurchsuchungen durchgeführt.

Bombenanschlag gegen das Lausanner Rathaus

W. Lausanne, 14. Nov. (Tel.) Ein mit Melinit geladener Sprengkörper wurde gestern hinter einer der kleinen Säulen am Eingang zum Rathaus zur Explosion gebracht. Fünf Personen, darunter eine Frau, die sich in der Nähe des Rathauseinganges befanden, wurden leicht verletzt. Der Sachschaden ist unerheblich, lediglich zahlreiche Fenster Scheiben des Rathauses wurden zertrümmert.

Der Kleist-Preis für 1932 ist zu gleichen Teilen an Richard Billinger und Elfe Laster-Schüler gegeben worden.

Badisches Landestheater

Florian Geyer

Tragödie des Bauernkrieges in fünf Akten mit einem Vorspiel von Gerhart Hauptmann

In Szene gesetzt von Felix Baumbach

Am 15. November begeht Gerhart Hauptmann seinen 70. Geburtstag. Seit 43 Jahren ist er der bedeutendste Bühnendichter unseres Volkes. Die Ausweitung und Vertiefung seines dichterischen Schaffens, seiner geistigen Persönlichkeit haben ihn nach mancherlei Stadien des Erfolgs und Mißerfolgs, der Anerkennung und Ablehnung immer sichtbar und immer unumstößlicher zur repräsentativen Gestalt des geistig-dichterischen Deutschland emporwachsen lassen. Heute wagt niemand mehr, ob er ihm mit Begeisterung oder mit Kritik gegenübersteht, seine relative und absolute Bedeutung zu bezweifeln.

Auf der steil ansteigenden Erfolgshöhe seiner ersten naturalistischen Dramen bis zu der seltsam romantischen Klänge im naturalistischen Milieu ertönen lassenden „Cannele Himmelst“ erlebte er 1896 zum ersten Male mit seinem auf eindringlichste Gesicht- und Sprachstudien beruhenden Bauernkriegsdrama „Florian Geyer“ den großen Durchbruch, der den 33jährigen Dichter fast zerbrechen wollte. Seine Klage darüber löst aus Meister Heinrichs Munde in der „Verfluchten Glode“. Unmittelbar nach dem Kriege, in der Zeit jener schweren Wirren unseres Volkes, hat die Gestalt jenes Florian Geyer, der der deutschen Völkerracht den Stahl mitten ins Herz stößt, siegreiche Auserkennung gefunden und auch heute wieder ist das Drama von starker, lebendigster Aktualität.

Das Badische Landestheater hat daher mit Recht gerade dieses Werk ausgewählt, um durch seine Aufführung dem 70-jährigen Dichter die gebotene Verehrung zu erweisen. Das Führerproblem, der Gegensatz von Masse und Individuum, der Kampf der sozial Entrechteten, die Uneinigkeit des deutschen Volkes: alle diese uns zu jeder Stunde bedrängenden Probleme bilden die Grundlage des Dramas, in dem sich die tiefdringende, psychologische Studie des ritterlichen Bauernführers Florian Geyer von dem realistisch gemalten historischen Hintergrund der Bauernkriege und ihrer Unterdrückung zur Reformationszeit abhebt. Gewiß werden dem Werke dauernd schwere dramatische Unzulänglichkeiten anhaften: alles Geschehen wird nur durch das Fenster gesehen und gehört, der

England und Frankreich verlangen Zahlungsausschub

Noten nach Washington.

W. London, 14. Nov. (Tel.) England und Frankreich haben in der Schuldenfrage Noten nach Washington gerichtet. In der Londoner Presse kommt allgemein die zuverlässige Erwartung zum Ausdruck, daß der beantragte Zahlungsausschub bewilligt werden wird.

„Morningpost“ bemerkt, das Ersuchen um Ausschub der Zahlung der nächsten Schuldentrate und um Aussprache über die Zukunft der Kriegsschulden bedeute nur die logische Fortsetzung der Entwicklung, die durch das Hoover-Moratorium im vorigen Jahre begonnen worden sei. „Times“ sagt, die britische Note stelle keine Weigerung dar, die am 15. Dezember fällige Schuldentrate zu bezahlen. Die Lösung der drei Probleme Reparationen, Kriegsschulden und Abrüstung sei Vorbedingung einer Wiederherstellung des Vertrauens und damit des internationalen Handels.

„Times“ meldet aus Washington, das Staatsdepartement erwarte jetzt auch von Italien und Belgien Noten über ihre Schulden an die Vereinigten Staaten.

W. Paris, 14. Nov. (Tel.) Zur Überreichung der französischen Note in der Schuldenfrage schreibt der offiziöse „Reit Parisien“: Trotz der absichtlichen Unterlassung jeder Bezugnahme auf die vielfachen, Deutschland in der Reparationsfrage gewährten Konzessionen besteht eine enge und logische Verbindung zwischen der französischen Note und dem Hoover-Moratorium vom Juni 1931, das den Youngplan zunichte gemacht habe. Man könne kaum annehmen, daß Hoover und Roosevelt sich weigern würden, einem Antrage nachzutreten, der vom Gerechtigkeitsstandpunkt aus gestellt sei und dessen Ablehnung sofort zur Wirkung haben würde, nicht nur das mühsam in Lausanne erzielte Abkommen zu annullieren, sondern auch die Welt in das größte politische, wirtschaftliche und finanzielle Chaos zu stürzen.

Hoover an Roosevelt

W. Washington, 14. Nov. (Reuter-Tel.) In seinem Telegramm an Roosevelt sagt Hoover betr. die Schulden- und Abrüstungsfrage, die Regierung sehe sich einem Weltproblem von größter Bedeutung für Amerika gegenübergestellt.

Wir sollten den Vorschlägen unserer Schuldner zugänglich sein, gegen fühlbare Kompensationen in anderer Form als direkter Zahlung, nämlich Erweiterung ihrer Märkte für die Erzeugnisse unserer Arbeiter und Bauern, und vor allem weltweite Herabsetzung der Zölle. Weiter sagt Hoover: Jede Verhandlung sei beschränkt durch die Kongressresolution (Widerpruch gegen Streichung oder Herabsetzung der Kriegsschulden).

Swansons Standpunkt zur Schuldenfrage

W. Washington, 14. Nov. (Tel.) Senator Swanson, der künftige Nachfolger Borahs im Vorsitz des Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten, erklärte, die amerikanische Nation sei nicht geneigt, andere Völker von der Last der Steuern zu befreien, um sie sich selbst aufzubürden. Er meinte, es gebe zahlreiche Staaten, die finanziell und industriell besser gestellt seien, als die Vereinigten Staaten.

Die Fälligkeit der Hypotheken

Durch eine Verordnung des Reichspräsidenten wird das Recht des Gläubigers, die Rückzahlung von dinglich gesicherten Forderungen zu verlangen, bis zum 1. April 1934 hinausgeschoben. Den Interessen des Gläubigers ist dadurch Rechnung getragen, daß er im Falle des dringenden Bedarfs das Amtserdict anrufen kann, daß die Hinschiebung der Fälligkeit ganz oder teilweise unterbleibt.

Ein Erlass über die Krisenfürsorge

Im Reichsanzeiger erscheint ein neuer Erlass des Reichsarbeitsministers über die Unterfützungsbauer in der Krisenfürsorge für Arbeitslose. Hiernach wird angeordnet, daß in der Zeit vom 28. November 1932 bis 31. März 1933 die Krisenfürsorge nicht dadurch ausgeschlossen wird, daß der Arbeitslose während dieses Zeitraums die höchste Unterfützungsbauer der Krisenfürsorge erreicht.

Führer ist kein Führer, die psychologische Schilderung ist zu sein, um Schlagkraft zu bewahren. Und dennoch sehen wir darin ein Kunstwerk, das von großer seelischer Tiefe ist und dessen menschliches Verständnis und soziale Geniehung in Verbindung mit der ursprünglichen Liebe zum eigenen Volke unser Interesse von Anfang bis zum Schluß nie erlahmen läßt.

Felix Baumbach hatte die schwere Aufgabe übernommen, die Szenen zu verleben, den großen Apparat, der das gesamte Schauspielpersonal teilweise in mehrfacher Rollenverteilung beanspruchte, zur einheitlichen Gesamtwirkung zu gestalten. Sein sicherer Bühneninstinkt, seine reiche Erfahrung und sein zielbewusster Wille haben eine beachtenswerte Leistung geistiger Kunst hervorgebracht, die alle bühnischen Wirkungsmöglichkeiten des Werkes zur Geltung brachte. Wenn die Aufführung trotzdem nicht zellos zu befriedigen vermochte, so lag dies mehr an individuellem Versagen, als an der Gesamtkonzeption der Spielleiter.

Karl Dierl war der Held, der kein Held ist, und dennoch, trotz seiner Schwächen als Führer, heldisch untergeht. Held, nicht in der Tat, sondern im Leid: Florian Geyer. Hier hat eine eindringliche, schöne Gestalt, er weckt warme Sympathie, und dennoch trifft ihn die Hauptschuld, wenn die Aufführung nicht die Tiefe des Eindrucks erzielte, die erwartet werden durfte. Er verdient Anerkennung, daß er sich bemühte, seine stereotype Gestaltmanier zu zügeln, und zweifellos gewann seine fählich sorgsam überlegte Gestaltung dadurch. Aber unerträglich blieb immer noch seine Sprechweise, die teilweise unverständlich blieb, um dann wieder in plötzlichen Brüllen umzuschlagen. Gerade weil Herr Dierl sich so sehr in das Wesen seiner Rolle vertieft hatte, ist dieses sprecherische Versagen besonders zu beklagen.

Bei einer so großen Darstellergabe kann natürlich nicht jede einzelne Darstellung gewürdigt werden und sind auch nicht alle gleichwertig. Es ist schon ein gutes Zeichen, wenn auch die minder befriedigenden Darstellungen nicht den Gesamteindruck stören. Da aber auch keine Rollenveränderungen stellenweise überaus gut gelungen waren, so wollen wir, um nicht ungerecht zu sein, auch die größeren schauspielerischen Leistungen von den führenden Kräften unseres Schauspielens nicht namentlich herausheben. Es muß das Gesamte genügen, wobei aber doch Torsten Pecht für die Bühnenbilder, und Margarete Schellenberg für die Kostüme besonders gedankt sei.

Prof. Dr. Karl Goll.

Die Gemeindevahlen in Sachsen

In Sachsen fanden am Sonntag Kommunalwahlen statt. Soweit sich bisher übersehen läßt, haben bei schwächerer Wahlbeteiligung die Sozialdemokraten und die Nationalsozialisten gegenüber der letzten Reichstagswahl Stimmen eingebüßt, während sich die Kommunisten im großen und ganzen gehalten haben.

Dresden: Sozialdemokraten 22 Mandate (bisher 29), Dt. Volkspartei 4 Mandate (12), Kommunisten 13 Mandate (7), Deutsche Staatspartei 2 Mandate (5), Nationalsozialisten 22 Mandate (4), Hausbesitzerverein 3 Mandate (3), Zentrum 1 Mandat (1), Volksrechtspartei 0 Mandat (1), Christl.-Soz. Volksdienst 1 Mandat (0), Handel und Gewerbe 1 Mandat (0), Abspaltung Rechte 1 Mandat (0), Deutschnationale Volkspartei 4 Mandate (7); die Wahlbeteiligung betrug 69 Proz. — Wenn man die Ergebnisse der Reichstagswahl vom 6. November auf die Verteilung der Stadtverordnetenmandate umlegen würde, ergäbe sich folgendes Bild: Nationalsozialisten 25 Sitze, Sozialdemokraten 23, Kommunisten 12, Zentrum 2, Deutschnationale 7, Deutsche Volkspartei 4 und Staatspartei 2 Sitze.

Leipzig: Bei den Stadtverordnetenwahlen wurden abgegeben: für die Nationale Bürgerliste 55 858 Stimmen, 11 gegen 28 Mandate bei der Wahl vom 17. November 1929; SPD, 132 871, 24 gegen 27 Mandate, Reichstagswahl vom 31. Juli 1929 149 565 Stimmen, Reichstagswahl vom 6. November 1932 153 698 Stimmen; SPD, 96 275, 17 gegen 9 Mandate, Reichstagswahl: 88 536 bzw. 100 202 Stimmen; Volksrechtspartei 16 090, 3 gegen 4 Mandate; Staatspartei 7900, 1 Mandat gegen 3 Mandate; Nationalsozialisten 101 090, 18 gegen 3 Mandate, Reichstagswahl 142 551 bzw. 128 558 Stimmen; Kommunistische Opposition 1841 Stimmen, 0 Mandat, bisher 1 Mandat; Christl.-Soz. Volksfront 5505 Stimmen, 1 Mandat; Sozialist. Arbeiterpartei 691; Deutsche Bürgerliste Mitte 0 Mandat.

Chemnitz: Nach dem Ergebnis der abgegebenen Stimmen erhalten: SPD, 17 (früher 21) Sitze; Kommunisten 14 (9); Chemnitzer Mittelstandspartei 3 (8, früher Wirtschaftspartei); Deutschnationale Volkspartei 4 (7); Deutsche Volkspartei 1 (6); Nationalsozialisten 20 (6); Staatspartei und Zentrum 1 (2); Volksrechtspartei und Inflationsgeschädigte 0 (1); Christl. Volksdienst 1 (1). Es besteht somit eine Linksmehrheit.

Die Lübecker Bürgerchaftswahlen

Bei den Lübecker Bürgerchaftswahlen am Sonntag wurden nach dem amtlichen Wahlergebnis abgegeben:

Sozialdemokraten 30 317 (letzte Bürgerchaftswahlen 1929: 33 278, Reichstagswahl Juli 1932: 34 548, Reichstagswahl am 6. November 1932: 32 036); Neuer Hanseat. Volksbund 5010; Deutschnationale Volkspartei 3791; Haus- und Grundbesitzer 4135; Nationalsozialisten 27 681 (6347, 35 950, 31 613); Kommunisten 9940 (5721, 7847, 9894); Zentrum 705 (886, 1197, 964); Staatspartei 1314 (2615, 1298, 1003).

Die Mandate verteilen sich wie folgt: Sozialdemokraten 29 (1929: 34); Neuer Hanseat. Volksbund 5; NHB, 4; Haus- und Grundbes. 4 (Vergleichsmaß für die drei letztgenannten Parteien: Alter Hanseat. Volksbund: 29); Nationalsozialisten 27 (7); Kommunisten 9 (7); Zentrum 1 (1); Staatspartei 1 (2).

Ein Mandat des Haus- und Grundbesitzervereins fällt aus, da die Partei keine Wahlliste aufgestellt hatte.

Das Hauptergebnis ist die Tatsache, daß die Linksmehrheit gebrochen ist. In die Parteien, die bisher 41 Sitze inne hatten, haben zusammen nur noch 38 Mandate errungen, während die anderen Parteien zusammen über 44 Mandate verfügen. Selbst mit den zwei Stimmen der Staatspartei und des Zentrums wäre eine Linkskoalition nicht möglich.

Die Gemeindevahlen im Saargebiet

Niederlage der Französlinge

Am Sonntag fanden im Saargebiet die Reichstags- und Gemeinderatswahlen statt, die letzten vor der Volksabstimmung im Jahre 1935. Der Kreis der Stimmberechtigten umfaßt außer der bodenständigen Bevölkerung auch die sogenannten „Saarheimwohner“, die an der Volksabstimmung nicht teilnehmen werden. Die frankophilen Tendenzen dieser Kreise kamen diesmal in einer „Unabhängigen Arbeiter- und Bürgerpartei“, die in verschiedenen Orten besondere Listen eingereicht hatte, zum Ausdruck. Neben der Mitglieder des Saarlandes, einer Vereinigung von freiwillig oder unfreiwillig auf französischem Boden stehender Persönlichkeit, spielen die ins Saargebiet übergesiedelten rheinischen Separatisten darin eine große Rolle. Die Hauptstützen der neuen Partei sind die französischen Schulen. In der Führung stehen französische Staatsangehörige, die ja z. B. im Saargebiet wahlberechtigt sind und deutsche Überläufer, die inzwischen die französische Staatsangehörigkeit erworben haben.

Von den 470 000 Wahlberechtigten des Saargebiets haben sich an der Wahl 63 bis 70 Prozent beteiligt. Bei der letzten Wahl waren es 75 Prozent. Es ist gewählt worden in 150 Gemeinderatsvertretungen mit 4301 Gemeinderatsmitgliedern und 7 Kreisräten mit insgesamt 205 Kreisratsmitgliedern. Von diesen sind entfallen auf die Unabhängigen Arbeiter- und Bürgerpartei — das ist der Name für den frankophilen Wahlbund — insgesamt 7 Gemeinderatsmitglieder (d. i. bei 4301 Gemeinderatsmitgliedern weniger als ein Siebentel Prozent). Das Ergebnis kommt also einer vollständigen Niederlage dieser frankophilen Kreise gleich.

Bei den Kreiswahlen, deren Ergebnis ja im wesentlichen mit dem Ergebnis der Wahlen in den einzelnen Gemeinden übereinstimmt, ist das Anwachsen der Nationalsozialisten das auffallendste Moment. Sie haben die Zahl ihrer Sitze von 7 auf 23 erhöhen können. Gegenü ist das Anwachsen der kommunistischen Sitze bemerkenswert. Von 21 sind die Kommunisten auf 58 Sitze angestiegen. Die Mandate der SPD sind von 46 auf 29 gefallen, und die der Deutsch-Saarländischen Volkspartei (Vereinigte Volkspartei und Liberale) von 30 Sitzen auf 14 Sitze gesunken. Von den 12 Kandidaten der (separatistischen) Unabh. Arbeiter- und Bürgerpartei sind nur 7 zum Ziel gelangt.

Wie die Frauen wählten. Auch bei den letzten Reichstagswahlen wurden in Wiesbaden die Stimmen der Männer und Frauen wieder getrennt gezählt. Dabei ergibt sich das interessante Bild, daß gerade die Parteien, die in erster Linie für das Frauenstimmrecht eintreten, nämlich Sozialdemokraten und Kommunisten, am wenigsten Gewinn durch das Frauenstimmrecht haben. Zentrum und Christl.-Soziale sind die Hauptnutznießer des Frauenstimmrechts.

Wechsel in den Fraktionsgemeinschaften in Bremen. Die nationalsozialistische Fraktion der Bremischen Bürgerchaft hat die Auflösung ihrer bisherigen Fraktionsgemeinschaft mit den Deutschnationalen mitgeteilt. Als Antwort darauf haben die Deutschnationalen ihren Beitritt zu der aus Volkspartei, Staatspartei und Zentrum bestehenden Fraktionsgemeinschaft der Mitte vollzogen.

Das Defizit des japanischen Haushaltsplanes für 1933/34 beträgt 905 Millionen Yen.

Um das Konkordat

Die Behandlung im Landtag

Über die Behandlung des Baden-Konkordats im Landtag wird gemeldet, daß die Vorlage wahrscheinlich bis zur Dienstadtung des Landtags den Abgeordneten im Druck überreicht werden kann. Man wird dann den Abgeordneten einige Tage Zeit lassen, um sich mit dem Gegenstand näher zu befassen, worauf die Ausschussverhandlungen in Angriff genommen werden. Während sich dies abspielt, wird zunächst der Verfassungsausschuss der Evangelischen Landesynode den evangelischen Vertrag behandeln, die dann am 22. November in der Landesynode selbst zur Beratung kommt. Voraussichtlich wird die Beratung mehrere Tage in Anspruch nehmen, denn der Landesynode wird der Sitzungsraum im Landtag auf mehrere Tage überlassen. Durch diese Behandlung ist die Möglichkeit gegeben — vorausgesetzt, daß die Evangelische Landesynode dem Vertragswert zustimmt —, daß sowohl das evangelische wie das katholische Konkordat zusammen dem Landtag zur Beratung liegen.

Mitteilungen von katholischer und evangelischer Seite

In badischen Zentrumsblättern gibt der badische Zentrumsführer Dr. Föhr Erklärungen zum Kirchenvertrag zwischen der katholischen Kirche und dem badischen Staat, die einige bemerkenswerte Einzelheiten enthalten und als Ergänzung zu den Darlegungen des Kultusministers Dr. Baumgartner angesehen werden können. So bringt der Kirchenvertrag für die Organisation des Metropolitankapitels insofern eine Neuerung, als neben der Würde des Domdekanats nach dem Vorbild anderer Diözesen die des Dompropstes geschaffen wird. Dem Domkapitel wird das Wahlrecht bei Erledigung des Erzbischöflichen Stuhles, das ihm im Jahre 1926 durch den Heiligen Stuhl ausdrücklich entzogen wurde, wieder neu gewährt. Für die vorzunehmenden Wahlen wird jedoch das aus sieben Mitgliedern bestehende Domkapitel zum Wahlkapitel durch vier Ehrendomkapitulare ergänzt.

Als Sonderbewilligung hat die römische Kurie Baden zugestanden, daß bei Ernennung eines Koadjutors mit dem Recht der Nachfolge und im Benehmen mit dem badischen Staat vorgegangen werden soll. — Die Besetzung der Lehrstühle der Theologischen Fakultät der Universität Freiburg kann nur nach erfolgter Anhörung des Erzbischofs erfolgen. Im Falle einer Beantragung erfolgt die Berufung nicht. Hinsichtlich der Sicherung des kirchenpolitischen Zustandes in Baden ist festzustellen, daß es Staatspatronate künftig nicht mehr gibt. Privatpatronate unterstehen künftig den Bestimmungen des kanonischen Rechts. Die Gründung von Orden und religiösen Kongregationen bleibt der Willensbestimmung der zuständigen kirchlichen Stelle überlassen.

Von der evangelischen Kirchenregierung nachstehender Seite wird darauf aufmerksam gemacht, die Annahme, es sei in der Sitzung der evangelischen Kirchenregierung am Freitag keine Einigung über den evangelischen Kirchenvertragsentwurf erzielt worden, ist eine irrige. Richtig sei vielmehr, daß hinsichtlich des evangelischen Konkordats zwischen Kirchenregierung und Staatsministerium eine Einigung zustande gekommen sei. Auch in der kirchenamtlichen Veröffentlichung über die Freitagssitzung werde zum Ausdruck gebracht, daß die Kirchenregierung dem Vertragsentwurf zugestimmt habe, allerdings mit der Einschränkung, daß in der Frage der Besetzung der theologischen Lehrstühle die Forderungen der Kirche nicht erfüllt würden.

Von derselben Seite wird weiter mitgeteilt, daß nun nach dem Wortlaut des evangelischen Kirchenvertrags der Staat im Einvernehmen mit der Kirche den Direktor am Theologischen Seminar der Universität Heidelberg ernannt, während bei den übrigen Ernennungen für die Theologische Fakultät der Staat „im Einvernehmen“ mit der Kirche handeln wird. Es darf nach dem Hinweggehen werden, daß die Rechte der Theologischen Fakultät Heidelberg durch das Konkordat nicht berührt werden. Was hinsichtlich der Ernennung des evangelischen Kirchenpräsidenten anbelangt, so ist in dem kirchlichen Vertragswerk eine ähnliche Bestimmung getroffen, wie in dem Konkordat mit der katholischen Kirche hinsichtlich der Erzbischofsfrage. Auch bei der Bestellung des Kirchenpräsidenten hat der Staat ein Anhörungsrecht.

SPD-Landesvorstand gegen Konkordat

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Bezirk Baden, veröffentlicht folgende Erklärung an die badische Sozialdemokratie:

„Die Landtagsfraktion gibt durch die Presse bekannt, daß sie sich bei der Abstimmung über das Konkordat mit der katholischen Kirche der Stimme enthalten will. Damit übernehmen die an der Abstimmung beteiligten Fraktionsmitglieder die alleinige Verantwortung dafür, daß eventuell das Konkordat durch ihre Stimmhaltung zur Annahme gelangt. Diese Haltung entspricht aber nicht dem Willen der absoluten Mehrheit der badischen Sozialdemokratie. Die Mehrheit der badischen Parteimitglieder wünscht eine positive Abstimmung der Fraktion, d. h. die Ablehnung des Konkordats. Eine Mehrheit in der Fraktion setzt sich also bereits und vorläufig in direktem Gegensatz zur Parteimehrheit.“

Landesvorstand und Parteiausschuss haben alle statutarischen Mittel in Anwendung gebracht, um die Fraktionsgemeinschaft von der parteischädigenden Einstellung abzurufen. Nach dem Beschluß des Berliner Parteitagés von 1924 liegt die letzte Entscheidung bei der jeweiligen Landtagsfraktion. Der Landesvorstand kann leider den Beschluß der Fraktion nicht aufheben. Er steht aber nicht an, in aller Öffentlichkeit zu erklären, daß er die Einstellung der Fraktion für falsch und parteischädigend hält. Der Landesvorstand ermahnt die Fraktion nochmals in letzter Stunde, die Mißachtung des Willens der Parteimehrheit aufzugeben und sich auf eine Linie mit der Gesamtmitgliedschaft Badens zu stellen. Das Verlangen des Volkes geht nach Arbeit, Freiheit und Brot und nicht nach dem Abschluß von Kirchenverträgen.“

Eine Erklärung der Sozialdemokratischen Landtagsfraktion Gegenüber der Erklärung des Landesvorstandes der Sozialdemokratischen Partei hat die Landtagsfraktion sofort wie folgt geantwortet:

„An unsere Parteigenossen im Lande!
Die Erklärung des Landesvorstandes gegen die Fraktion ist ungewöhnlich. Sie ist aber auch sachlich unhaltbar. Wer die Entwicklungsgeschichte des badischen Konkordats kennt, kann sich die Ansicht des Landesvorstandes nicht zu eigen machen. Wäre sie richtig, so hätten auch unsere preußischen Genossen, die positiv für ein Konkordat stimmten, parteischädigend gehandelt. Dies ist nicht der Fall. Die Fraktion weist deshalb den erhobenen Vorwurf mit aller Entschiedenheit als unqualifiziert zurück. An ihrer Stellung ändert sich nichts. Ihr dauerndes Bestreben, dem Volk Arbeit und Brot zu verschaffen und die Freiheit zu erhalten, wird durch die Kirchenverträge nicht berührt. Namens der Sozialdemokratischen Landtagsfraktion: Müdert.“

Noch keine endgültige Stellungnahme der Deutschen Volkspartei

Der geschäftsführende Ausschuss der Deutschen Volkspartei, Landesverband Baden, trat — wie parteiamtlich mitgeteilt wird — am Sonntag in Karlsruhe zusammen, um sich mit der politischen Lage in Baden zu beschäftigen. Finanzminister Dr. Mattes gab in nahezu zweistündigen Ausführungen ein Bild über Entstehung und Bedeutung des Vertragsentwurfs mit der katholischen Kirche. In längerer Aussprache wurden die Richtlinien für die weitere Behandlung dieser Frage in voller Abereinrichtung mit Parteileitung und Fraktion festgelegt. Eine endgültige Stellungnahme kann erst nach Veröffentlichung des Vertragsentwurfs mit der Evangelischen Kirche erfolgen.

Anschließend an die Konkordatsfrage gab Generaldirektor Wolf einen Überblick über die Auswirkung der letzten Reichstagswahl, während Finanzminister Dr. Mattes über seine in Berlin gewonnenen Eindrücke berichtete.

Badischer Teil

Geheimerat Ernst Duffner †

Am 12. dieses Monats verstarb auf der Reichenau der im Jahre 1920 in den Ruhestand übergetretene Ministerialdirektor des Justizministeriums, Geheimerat Ernst Duffner, im Alter von 79 Jahren. Mit ihm ist eine im juristischen Leben Badens wohlbekannte Persönlichkeit dahingegangen.

Geboren in Donaueschingen, bestand er 1875 die erste und 1878 die zweite juristische Staatsprüfung. Seine erste planmäßige Anstellung erhielt er 1879 als Amtsrichter in Vörsberg; er wurde 1881 in gleicher Eigenschaft nach Stodach versetzt. 1882 wurde er zum Staatsanwalt in Mannheim ernannt und kam in dieser Eigenschaft 1893 zur Staatsanwaltschaft Karlsruhe. Nachdem ihm 1898 der Rang eines Oberlandesgerichtsrats verliehen worden war, wurde er 1899 zum ersten Staatsanwalt am Landgericht Karlsruhe und 1906 zum Oberstaatsanwalt am Oberlandesgericht und zugleich zum Ratmitglied im vormaligen Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts befördert. Von 1915 ab bekleidete er die Stelle des Ministerialdirektors im Justizministerium. Von 1911 bis 1913 gehörte er der vom Reichsjustizamt berufenen Kommission zur Beratung des Entwurfs eines Strafgesetzbuches an.

Staatspräsident Dr. Schmitt hat an die Witwe des Verstorbenen ein Beileidschreiben gerichtet, in dem der außerordentlichen Verdienste des Verstorbenen um die badische Justiz, seiner arbeits- und erfolgreichen Laufbahn und seines großen Pflichtgefühls mit besonders anerkennenden Worten gedacht wird.

Aus der badischen Industrie

Die Maschinenfabrik Lorenz AG, Ettlingen, weist z. B. einen guten Geschäftsgang auf, so daß Reueinstellungen vorgenommen werden konnten und teilweise zum Schichtenbetrieb übergegangen wurde. Bedeutende russische Aufträge sind vorhanden, so daß ein ständiger russischer Maschinenfachverhandiger in der Fabrik weilt.

Maschinenfabrik Lorenz AG. Die Gemeindeverwaltung Lenzkirch hat sämtliche Gebäude des alten Bekannten Werkes der Maschinenfabrik Lorenz AG, die bekanntlich in den letzten Jahren dem Jungbunns-Konzern gehörte und stillgelegt war, gekauft. Der Preis für den ganzen Komplex einschließlich Maschinen und etwa 10 Morgen Bauland beträgt nur 20 000 Reichsmark. Damit hat die Gemeinde jederzeit die Möglichkeit, bei sich bietender Gelegenheit die Maschinenfabrikation in Lenzkirch wieder aufzunehmen. Es sind auch bereits Bestrebungen zur Inangriffnahme des Betriebes vorhanden. Das benötigte Betriebskapital soll durch Übernahme von Anteilscheinen aufgebracht werden. Die Arbeiter wollen dazu nach Wiedereinstellung wesentlich einen Tagelohn stehen lassen, ebenso wird die Gemeinde durch Steuervergünstigungen, verbilligten Strombezug usw. entgegenkommen. Man will also anscheinend den Betrieb auf genossenschaftlicher Basis, getragen von der Arbeiterschaft, aufzunehmen versuchen.

Tagungen

Waldbesitzertagung. Die diesjährige ordentl. Mitgliederversammlung des Badischen Waldbesitzerverbandes findet am 27. Nov. in Oberbach statt. Angesichts der Tatsache, daß aus der Waldbewirtschaft, die früher die finanzielle Stütze der meisten Gemeinden unseres Landes war, ein Reinertrag sich nicht mehr ergibt, kommt dieser Tagung besondere Bedeutung zu. Die Besprechung der Lage der Waldbewirtschaft und des Holzmarktes sowie ein Vortrag „Die Wälderwerbung für deutsches Holz“ werden den Mittelpunkt der Tagung bilden.

Die badische Dampferverammlung der deutschen Geflügelzüchter fand in Offenbach statt. Sie wurde von dem Vorsitzenden, Major a. D. von Mosdorf, geleitet. Der Geschäftsbericht stellt fest, daß die Lage für die Geflügelzüchterei und für die Geflügelhalter eine ganz andere geworden sei, wie in den Jahren 1923 bis 1931. Die Unterbringung, die vor einigen Jahren die Geflügelzüchter und Geflügelhalter gefunden hätte, sei nunmehr ausgedehnt, wenn auch nicht zu verkennen sei, daß durch das jetzt erlassene Handelsabnahmengesetz, das eine Kennzeichnung der Eier verlangt, die Konkurrenz des deutschen Fies durch das Ausland mindestens erschwert würde. Der Klub habe eine Kontingentierung der Auslandsiefer verlangt, was aber nicht erreicht werden konnte. Es werde nunmehr eine Erhöhung des Fieses von 30 RM. und später auf 50 RM. eintreten, das würde eine Erhöhung des Eierpreises um 1,8 bzw. 2,5 Pf. pro Stück bedeuten. Ob allerdings die Kaufkraft des deutschen Volkes diese Preissteigerung vertragen könne, sei eine andere Frage. Deshalb wäre vom Klub eine Kontingentierung lieber gesehen worden. — Die Zahl der Mitglieder sei von 500 vor zwei Jahren auf 300 in diesem Jahre zurückgegangen. Als Geschäftsführer wurde der Vorsitzende von Röhrich-Waldbach, Helbing, von der Versammlung bestätigt.

Das Badische Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 54 enthält ein Notgesetz über die Änderung des Notgesetzes über die Bürgerschaft des Landes Baden für einen von den badischen Sparbanken und der Badischen kommunalen Landesbank in Anspruch genommenen Wechselkredit vom 6. August 1931 in der Fassung des Notgesetzes vom 9. Dezember.

Der Stadtrat Heidelberg lehnte am Mittwoch die von der kommunalpolitischen Kathausfraktion gestellten Anträge bezüglich weiterer Winterhilfsmassnahmen ab, weil Mittel für die Deckung des sich auf rund 4,5 Millionen Reichsmark belaufenden Aufwands nicht vorhanden seien.

Pöppel — auf der anderen Seite

Die Korrespondenz des Arbeitsausschusses „Reich und Heimat“ schreibt uns:

Die Kunde, daß der frühere Staatssekretär im Reichsfinanzministerium, Herr Professor Dr. Pöppel, zum Reichsminister — freilich ohne Geschäftsaufgabe im Reich — ernannt und zugleich mit der Leitung des Preussischen Finanzministeriums betraut worden ist, hat begreifliches Erstaunen ausgelöst. Herr Pöppel ist bekanntlich einer der führenden Männer und Mitarbeiter des Lutherbundes, der das Land Preußen verschwinden lassen und aus seinem Gebiete unter Einverleibung der 12 kleineren norddeutschen Länder ein von Berlin zentral verwaltetes Reichsland bilden will. Aus dieser unitarischen Einstellung heraus hat Herr Pöppel zu Beginn dieses Jahres im Auftrage einer Studiengesellschaft, deren beide Vorsitzende führende Köpfe des Lutherbundes sind, nämlich Graf von Helldorf und Freiherr von Bismarck, und deren Arbeitsausschuss sich größtenteils aus Mitgliedern des Lutherbundes zusammensetzt, ein Gutachten „Der künftige Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden“ verfaßt, von dem der gewiß nicht im Geruche des Föderalismus stehende Professor Naab in seiner Zeitschrift „Reich und Länder“ schrieb, in dem Buche sei „mindestens dem Geiste nach, und das ist die Hauptsache, das Ziel des dezentralisierten Einheitsstaates unvermeidliche Arbeitshypothese. Nur wer diesem Ziele zustrebt, kann infolgedessen dem Gutachten in seinen entscheidenden Forderungen beipflichten.“

Es mußte daher überraschen, daß ausgerechnet eine Reichsregierung, die wiederholt ihre bundesstaatliche Einstellung betont und die Erhaltung der deutschen Länder als Bestandteil ihres Aufbauplanes bezeichnet hat, den als Unitarier und Zentralisten bekannten Dr. Pöppel zum Mitglied ihres Kabinetts berufen hat. Möge es der Reichsregierung gelingen, ihren föderativen und damit ihren konservativen Standpunkt gegen die Theorien des lehthafteren Professors und „fortschrittlichen“ Politikers aufrechtzuerhalten!

In einer Hinsicht freilich hat diese Berufung ihren besonderen Reiz. Den Ländern und Gemeinden ist noch in schmerzlicher Erinnerung, daß Herr Pöppel es war, der als harkter Mann im Reichsfinanzministerium die Kürzung der Steuerüberweisungen an die Länder und Gemeinden mit besonderer Vorliebe pflegte. Nun steht er auf der anderen Seite und kann als Leiter der Finanzverwaltung des größten deutschen Landes wahrnehmen, welche verheerende Wirkung die früher von ihm selbst verfolgte Politik auf die finanzielle Lage der Länder und Gemeinden ausübt. Nun hat er aber auch Gelegenheit, die weisen Lehren, die er einst den Ländern und Gemeinden zur Gesundung ihrer Haushalte erteilt hat, selbst in die Tat umzusetzen. Gewiß wird er die Maßnahmen, die er in seinem Gutachten über den Finanzausgleich empfohlen hat, nun in Preußen durchführen und die in größter Not befindlichen Gemeinden durch seine berühmte „Wohnsteuer“ retten. Denn es wäre doch das vernünftigste Urteil über seine eigenen Lehren, wenn er jetzt auf der Ländersseite nicht verwickelt würde, was er einst auf der Reichsseite als Heilmittel gepriesen hat.

Kleine Chronik

In der oberbayerischen Ortschaft Unten hat ein Dienstmädchen, vor einem Jahre eine auf der nahen Lohr-Alm bedienstete Sonnerin, mit der er ein Liebesverhältnis hatte, während eines Gewitters erschlagen zu haben, da sie von ihm in anderen Umständen war. Am die Spuren der Tat zu verwischen, vollendete er noch während des Gewitters die Umhülle an, die vollständig abrannt.

In Dortmund wurde in der Nacht zum 10. d. M. der Bergreferendar Lobde von einer Polizeistreife mit einer tödlichen Kopfschußverletzung aufgefunden. Die Untersuchung der Mordkommission hat ergeben, daß als Täter die beiden flüchtigen ehemaligen SA-Männer Paschwa und Werbede in Frage kommen. Der SA-Sturmführer Geisner wurde verhaftet. Er hatte mit zwei weiteren Nationalsozialisten zur Begleitung der Täter gehört. Er gab seine Beteiligung offen zu.

In der Nacht zum Sonntag kam es in zwei Vororten von Leipzig zu Zusammenstößen zwischen Angehörigen der Eisernen Front, Kommunisten und Nationalsozialisten, wobei mehrere Personen durch Messerstiche verletzt wurden.

Wegen Verrats militärischer Geheimnisse zugunsten Frankreichs wurde in Berlin der Konzeptionsrat zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt.

In Königsberg wurde wegen Raubüberfalls auf einen Kassenboten des Warenhauses Karstadt am 3. Oktober d. J. ein Täter zu acht Jahren Zuchthaus, drei weitere Täter zu sechs Monaten Zuchthaus verurteilt.

Am Sonntag stürzte in Warschau ein großes Brauereigebäude ein. Die Schuttmassen fielen auf ein danebenstehendes Wohnhaus, das vollständig zerstört wurde. Von den 38 Bewohnern des Hauses wurden 18 als Leichen geborgen, die übrigen 20 wurden mehr oder minder schwer verletzt.

Als Brandsache des Brandes des Kinderheims in Badenweiler (Schweiz), bei dem zwölf Jünglinge ums Leben kamen, wurde böswillige Brandstiftung festgestellt. Der Täter, ein Anstaltsinsasse, der 43jährige Geisteschwache Karl Widmer, ist verschwunden. Am Vorabend war er von der Anstaltsleitung zurückgeführt worden.

Der frühere afghanische Kriegsminister unter der Regierung Amanullahs, General Ghulam Rabi Khan, der eine hervorragende Rolle in der Geschichte seines Landes spielte, ist, wie aus Kabul berichtet wird, dort hingerichtet worden.

Das Namensschild des Kreuzers „Emden“. Das kupferne Namensschild des deutschen Kreuzers „Emden“, der am 9. November 1914 nach heldenhaftem Kampf durch den australischen Kreuzer „Sedney“ zerstört wurde, befindet sich auf dem Wege nach der Heimat. Die Platte war seinerzeit vom dem Brack genommen worden, und wurde seit 1915 als Kriegstrophäe in einer besonderen Kasse in australischen Parlamentsgebäude aufbewahrt.

Handel und Wirtschaft

Devisennotierungen der Reichsbank

	(Umsatz)			
	14. November		12. November	
	Reichsmark	Reichsmark	Reichsmark	Reichsmark
Amsterdam 100 G.	169.13	169.47	169.18	169.52
Kopenhagen 100 Kr.	72.98	73.12	72.73	72.83
London 100 £	21.55	21.59	21.55	21.59
Paris 100 F.	14.04	14.06	13.98	14.02
New York 1 D.	4.209	4.217	4.209	4.217
Brüssel 100 Fr.	16.49	16.55	16.51	16.55
Schweden 100 Kr.	80.97	81.13	81.10	81.17
Wien 100 Schilling	51.95	52.05	51.95	52.05
Prag 100 Kr.	12.465	12.465	12.465	12.465

Der Großhandelsindex. Die für den 9. November berechnete Großhandelsindexziffer ist mit 94,4 gegenüber der Vorwoche um 0,4 Proz. gestiegen.

Aus der Landeshauptstadt

Der verbilligte Weihnachts- und Neujahr-Reiseverkehr. Die Reichsbahn hat nunmehr die Geltungsbauer der Festtagsrückfahrkarten zu Weihnachten und Neujahr sowie der Arbeiterrückfahrkarten auf drei volle Wochen festgesetzt. Sie gelten zur Einfahrt vom 21. Dezember 0 Uhr an allen Tagen bis zum 1. Januar 24 Uhr (die Einfahrt muß am 1. Januar 24 Uhr beendet sein); zur Rückfahrt gelten die Karten vom 23. Dezember 12 Uhr an allen Tagen bis zum 10. Januar 24 Uhr (die Rückfahrt muß am 10. Januar 24 Uhr beendet sein). Die Festtagsrückfahrkarten, die um 33% Proz. ermäßigt sind, werden für alle Verkehrsverbindungen der Reichsbahn ausgegeben, für die die Ausgabe von Fahrkarten des gewöhnlichen Verkehrs möglich ist. Die Karten sind wie bisher spätestens zwei Tage vor Antritt der Reise beim Mitteleuropäischen Reisebüro oder einer Fahrkartenausgabe zu lösen oder zu bestellen. Nach Möglichkeit wird die Reichsbahn auch noch später vorgebrachte Wünsche befriedigen.

Badische Lichtspiele und Karlsruher Notgemeinschaft. Als einziges Lichtspieltheater Karlsruhes haben die Badischen Lichtspiele bisher schon die Karlsruher Notgemeinschaft durch Zurverfügungstellung von Freikarten für Hilfsbedürftige in großzügiger Weise unterstützt. Während für das Winterhilfswerk 1930/31 1425 Freikarten ausgegeben werden konnten, stieg diese Zahl für das Winterhilfswerk 1931/32 sogar auf 7960 an. Die Zurverfügungstellung der Karten bedeutet eine erhebliche Unterstützung der Bestrebungen des Hilfswerks auf kulturellem Gebiet. In dankenswerter Opferfreudigkeit will auch dieses Jahr die Direktion der Badischen Lichtspiele dem Winterhilfswerk helfend zur Seite stehen. Sie veranstaltet zur Feier von Gerhart Hauptmanns 70. Geburtstag am 16. und 17. November 1932, jeweils um 17 und 20.30 Uhr, Festspiele, deren Reinertrag der Karlsruher Notgemeinschaft zugeführt werden soll. Es ist ein äußerst glücklicher Gedanke, auf diese Weise Kunst und Wohltätigkeit zu verbinden. Das Programm bringt nach einer Einführungsmusik aus „Menzi“ das größte und berühmteste Werk Gerhart Hauptmanns „Die Weber“, das eines seiner wenigen Bühnenstücke ist, das berfihmt wurde. Diese Wahl ist insofern sehr glücklich, weil gerade in dieser Dichtung Gerhart Hauptmanns soziale Einstellung klar zum Ausdruck kommt und die Festspiele somit ganz besonders geeignet sind, die Notgemeinschaft ideell und finanziell zu unterstützen.

Automatische Verkehrsregelung. Auf Wunsch des Polizeipräsidenten soll auch in Karlsruhe einmal eine Einrichtung für die automatische Regelung des Straßenverkehrs erprobt werden. Der Aufhängung einer sogenannten Verkehrsampel (System Feuer) an der Kreuzung der Karl- und Kriegsstraße

für die Dauer von zwei Monaten stimmt der Stadtrat zu. Die automatische Verkehrsregelung soll sich auf die belebteren Verkehrszeiten beschränken.

Ausschreitungen. In einer Wirtschaft in Durlach entstand in vergangener Nacht eine größere Schlägerei. Die Polizei schritt ein und nahm einige Beteiligte fest. Bei der Verurteilung zur Wache und auf der Wache selbst wurde den Beamten heftiger Widerstand entgegengebracht. Fünf Personen wurden ins Gefängnis eingeliefert. Sie werden sich vor dem Schnellrichter zu verantworten haben. — Auch in der Südstadt kam es bei der Kontrolle der Polizeistunde zu Unlichkeiten gegen die Beamten.

Töblicher Unglücksfall. Im Hause Kaiserstraße 18/15 ereignete sich Samstagabend um 7 Uhr ein schrecklicher Unglücksfall. Die junge Birgit „Zur alten Brauerei Ged“, Frau Reichenberger, stürzte die Kellertreppe hinab und erlitt so schwere Verletzungen, daß der Tod alsbald eintrat. Die auf so tragische Weise ums Leben gekommene Frau stand Ende des 20er Jahre und war erst seit wenigen Wochen verheiratet.

Wetterbericht der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe, vom Montagmorgen: Mit einem Maximaldruck von fast 700 Millimeter liegt das kontinentale Hochdruckgebiet heute über Polen. Die trockenen Ostwinde haben bisher deshalb unverändert angehalten und werden jetzt allmählich über Südost nach Süd drehen. Im übrigen ist, abgesehen von zeitweiliger Aufhellung, noch keine wesentliche Änderung der bestehenden Witterung zu erwarten. Voraussage: Fortwauer des trockenen Hochdruckweters.

Wasserstände: Badshut 285 minus 2, Pafel 31 minus 10, Neß 260 minus 2, Nagau 411 minus 8, Mannheim 287 minus 8, Caub 210 minus 10.

Gemeinderundschau

Der Gemeinderat Eberbach genehmigte die Überlassung eines Mannes zur Abhaltung eines Obstausführungs in Eberbach durch den Kreislandwirtschaftsamt für den Bezirk Heidelberg. Als Termin für die diesjährige Auslosung der fälligen Stücke der Eberbacher Stadtanleihe wurde der 30. November festgesetzt. Als Vertrauensmann der Badischen Landwirtschaftlichen Berufsvereinschaft wurde für Eberbach Landwirt Wilhelm Otterbach in Vorschlag gebracht.

Wiedereröffnung des Schwedinger Krankenhauses. Nach Um- und Ausbau konnte am Freitag das Schwedinger Krankenhaus wieder eröffnet werden. Aus diesem Anlaß fand im Bürgeraal des Rathauses eine kleine Feier statt, in der Bür-

germeister Dr. Kraußmann eine Darlegung der Geschichte des Krankenhauses gab und allen Beteiligten an dem Zustandekommen des Umbaus dankte.

Kurze Nachrichten aus Baden

Dr. Mannheim, 12. Nov. Beim Einschreiten von zwei Polizeibeamten in einer Wirtschaft wegen Überschreitens des Polizeistunde schlugen der Wirt, dessen Sohn und ein als Gast anwesender Bürovorsteher auf die Beamten ein und warfen sie zu Boden. Der Bürovorsteher ging hierauf flüchtig. Da er trotz wiederholter Aufforderung nicht stehen blieb, gab ein Beamter einen Schuß ab und traf ihn in die rechte Schulter. Das alarmierte Rotkrustkommando nahm den Wirt und dessen Sohn fest.

15. Konstanz, 12. Nov. Hier ist man großen Unterschlagungen zum Schaden des Männervereins vom roten Kreuz auf die Spur gekommen. Der bisherige Kolonnenführer Otto Maier wurde am 26. Oktober seiner Funktion entlassen und am 29. Oktober fristlos entlassen. Die Verantwortungen, die in die Tausende gehen, beschränken sich auf die Einnahmen, die unmittelbar aus dem Betrieb der Rettungswache erzielt worden sind. Der weitaus überwiegende Teil dieser Einnahmen floß aus Gebühren für die Krankentransporte, die Maier entweder überhaupt nicht oder nicht richtig gebucht hatte.

Staatsanzeiger

Den Stadträten Moßburg o. d. L., Kirdlingen und Dinselsbühl wurde die Erlaubnis zum Losbetrieb in Baden erteilt. Karlsruhe, den 10. November 1932. Der Minister des Innern

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zuruheetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Kultus und Unterrichts:

Kraft Gesetzes tritt in den bauernden Ruhestand: Bibliotheksinspektor Friedrich Liebe an der Badischen Landesbibliothek.

Schulrat Fritz Halber in Konstanz.

Wann schon Schnaps, dann keinen schlechten, bei Estelmann findest Du den rechten! ESTELMANN WEINBRENNEREI UND LIKÖRFABRIK M.B. Karlsruhe, Herrenstr. 12

Die Ablösung der Markanleihen der Stadtgemeinde Eberbach betr. Die Auslosung der im Jahre 1932 heimzuzahlenden Rate der Ablösungsanleihe der Stadtgemeinde Eberbach i. B. findet am Mittwoch, den 30. November 1932, 17 1/2 Uhr, in öffentlicher Sitzung des Gemeinderates im Bürgerausschuß-Sitzungssaal statt. M. 136 Eberbach, den 11. November 1932. Der Bürgermeister: Dr. Dr. We n z. Wender.

Der Ziegenzuchtverein Dinglingen i. B. verkauft 2 Gaanenziegenböde beider Abt. wegen Inzucht. Für gute Zucht und Zucht wird garantiert. Anfragen an Vorstand Karl Schaub, Dinglingen. M. 137

Wir werben für Sie!

Zentralhandelsregister für Baden

Baden-Baden. C.630 Handelsregister eintrag Abt. B Bd. II O.-3. 95: Firma Lloydreisebüro Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Baden-Baden: Der Geschäftsführer Gottfried Schänzer ist abberufen. Prokurist Hermann Meier in Bremen ist zum Geschäftsführer bestellt. Baden-Baden, 24. Oktober 1932. Bad. Amtsgericht I.	Bruchsal. C.243 Handelsregister eintrag A Bd. III O.-3. 47: Holzwerke, Metall- & Emailwerk für die Elektrotechnik in Bruchsal. In Odenheim bei Bruchsal ist eine Zweigniederlassung errichtet. Alleiniger Inhaber ist Eugen Bölich, Kaufmann in Bruchsal. Der Frau Eugen Bölich, Josefine geb. Hof in Bruchsal, ist Einzelprokura erteilt. Dem August Richard Ralheber, Kaufmann in Bruchsal, und dem Karl Wippler, Fabrikleiter in Odenheim, ist Gesamtprokura erteilt. Bruchsal, 9. Nov. 1932. Amtsgericht I.	Bruchsal. C.244 Handelsregister eintrag A Bd. II O.-3. 288: Firma Hermann Rurr, Zigarettenfabrik, Bruchsal. Die Firma ist unter Beibehaltung der bisherigen Firmenbezeichnung auf Louis Bertheimer und Kurt Bertheimer, Kaufleute, hier, übertragen. Der Übergang der im Betriebe des Geschäfts begründeten Forderungen und Verbindlichkeiten ist beim Erwerb des Geschäfts durch Louis und Kurt Bertheimer ausgeglichen worden. Offene Handelsgesellschaft. Die offene Handelsgesellschaft hat am 30. September 1932 begonnen. Persönlich haftende Gesellschafter sind Louis Bertheimer und Kurt Bertheimer, Kaufleute in Bruchsal. Bruchsal, 9. Nov. 1932. Amtsgericht I.	Durlach. C.631 Handelsregister A. Eintragung am 24. Oktober 1932 zur Firma C. A. Schmidt, Inh. Friedrich Schmidt in Durlach: Die Firma ist erloschen. Amtsgericht Durlach.	Heidelberg. C.633 Handelsregister Abt. A Bd. IV O.-3. 187 zur Firma Max Köh, Inh. L. Zahn, Zahnwarenhandlung in Heidelberg: Dem Kaufmann Otto Gute in Heidelberg ist Prokura erteilt. 26. Oktober 1932. Abt. B Bd. IV O.-3. 41: Die Firma J. Eider, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Heidelberg ist erloschen. Heidelberg, 27. Oktober 1932. Amtsgericht.	Lörrach. C.625 Handelsregister einträge vom 18. Oktober 1932: Josef Schwend, Lörrach; Gang & Köhl, Grenzach; Seifert & Schlinger, Lörrach; Central-Garage Steinmann & Kauflin, Lörrach; Ernst Lamy, Lörrach; Lörracher Schirmfabrik Max Herling, Lörrach; Josef Schwendemann, Hölstein; Hermann Braun, Grenzach; Anton Schöpf, Lörrach; Heinrich Kämmerer, Lörrach: Die Firmen werden von Amts wegen gelöscht. Bad. Amtsgericht, Lörrach.	Mannheim. C.624 Handelsregister einträge. a) vom 25. Oktober 1932. S. Silberbrand & Söhne, Rheinmühlenerwerke, Aktiengesellschaft, Mannheim. Ludwig Schatz ist nicht mehr Vorstandsmitglied. Das bisherige stellvertretende Vorstandsmitglied Emil Weber, Mannheim, ist jetzt ordentliches Vorstandsmitglied. b) vom 26. Oktober 1932. Siemens-Schuckertwerke Aktiengesellschaft, Zweigniederlassung Mannheim in Mannheim als Zweigniederlassung der Firma Siemens-Schuckertwerke Aktiengesellschaft, Berlin: Gerichtsschreiber a. D. Dr. Fritz Jellen in Berlin-Dahlem, ist zum stellvertretenden Vorstandsmitglied bestellt. c) vom 26. Oktober 1932. Vergin Anlage Rheinar der Deutschen Vergin-Aktiengesellschaft für Kohle und Erdölchemie in Mannheim-Rheinau als Zweigniederlassung der Firma Deutsche Vergin-Aktiengesellschaft für Kohle und Erdölchemie in Heidelberg: Durch Generalversammlung vom 30. Juli 1932 bezüglich dessen auf die eingereichte Niederschrift Bezug genommen wird, ist der Gesellschaftsvertrag geändert in den §§ 1 (Firma), 2 (Gegenstand des Unternehmens), 4 (Grundkapital), Aktien-einteilung und 20 (Verteilung des Reingewinns). Die gleiche Generalversammlung hat von den durch Artikel VIII der Verordnung des Reichspräsidenten vom 19. September 1931 außer Kraft gesetzten Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages über Befehl und Zusammensetzung des Aufsichtsrats, sowie über die Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats § 7 wiederhergestellt, ferner § 12 Abt. 1
---	--	--	---	--	--	---

Drud. G. Braun, Karlsruhe